Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 45 | Sonnabend, 22. Februar | 1919

Spartakus im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet.

Der bayrische Ministerpräsident Eisner erschossen.

München, 21. Februar. (Dr.) Heute vormittag wurde der Ministerpräsident Eisner auf dem Wege vom Ministerium des Aeußern nach dem Landtagsgebäude in der Prannerstraße von Leutnant Graf Arco-Valley durch 2 Kopfschüsse von hinten getötet. Der Täter wurde durch einen Posten schwer verletzt und liegt im Sterben.

München, 21. Februar. (Dr.) Die Leiche Eisners wurde ins Ministerium des Aeußern gebracht, wo sie in die Portierloge gebettet wurde. Dort erschienen alsbald gerichtliche und polizeiliche Behörden zur Aufnahme des Tatbestandes. In den Straßen macht sich große Erregung bemerkbar. Der Landtag, der heute zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, setzte unter dem Eindruck dieser Nachricht die Beratungen einstweilen aus.

München, 21. Februar. Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht folgende Erklärung:

Donnerstag, den 20. 2. gab Eisner im Ministerium die Erklärung ab, er werde am Freitag um 10 Uhr im Landtag im Auftrage des Gesamtministeriums erklären, daß das Gesamtministerium von seinen Aemtern zurücktritt und sie dem Landtag zur Verfügung stellt. Ferner sei das gesamte Ministerium bereit, die Geschäfte weiter zu führen bis eine neue Regierung gebildet sei.

gezeichnet Frauendorffer-Jaffe.

Attentat auf den bayrischen Minister Auer.

München, 21. Februar. (Dr) Im Landtag wurde heute vormittag auf den Minister Auer ein Attentat verübt, als er eben in einer Erklärung dem Abscheu über die Ermordung des Ministerpräsidenten Ausdruck gegeben hatte. Ein Mann stürzte in den Sitzungssaal und feuerte mehrere Revolverschüsse auf Auer ab. Auch von den Tribünen fielen Schüsse. Der Abgeordneten bemächtigte sich eine große Panik. Auer wurde schwer verletzt. Der Abgeordnete Osel wurde tödlich getroffen und zwei Beamte schwer verletzt.

Ebert in Berlin.

Berlin, 20 Februar. (Dr.) Reichspräsident Ebert begibt sich morgen für einige Tage nach Berlin. In seiner Begleitung wird sich sein Kabinettschef Unterstaatssekretär Baake befinden.

Schöpflin Gouverneur von Berlin?

Berlin, 20. Februar. (Dr.) Zwischen dem Reichswehrminister Noske und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpflin schweben in Weimar Verhandlungen wegen Uebernahme des Postens als Gouverneur von Berlin durch Schöpflin.

Italien gegen die Südslawen.

Laibach, 20 Februar. (Dr.) Das Laibacher Korr.-Büro meldet aus Belgrad: Wie aus Fiume berichtet wird, erließ Italien einen Mobilmachungsbefehl für einige ältere Jahrgänge. In Ententekreisen herrscht über diese Verfügung große Erbitterung, weil Italien damit offen bekundet, daß es seine imperialistischen Ziele gegen die Südslawen mit bewaffneter Hand durchsetzt.

Lloyd George auf der Ueberfahrt nach Europa.

Washington, 21. Februar. (Drahtnachricht) Reuter. Das Marineamt teilt mit, daß der Dampfer „George Washington" mit Wilson an Bord auf schweres Wetter gestoßen sei und ohne Geleit nach Osten weiterfahre. Das Schlachtschiff „New Mexico" hatte einen Maschinenschaden und blieb zurück. Auch die Zerstörer wurden gezwungen, den Dampfer im Stich zu lassen. Daniels gab dem Kreuzer „Denver" den Befehl, dem Dampfer entgegenzufahren.

Starke Truppenmassen haben den Einmarsch in das Ruhrgebiet begonnen. Es war höchste Zeit, denn die Streikwelle droht über das ganze Gebiet hinwegzufluten. Bereits sind 120000 Mann im Ausstand und 140 Zechen stillgelegt. Die Kohlenförderung ist um 90 vom Hundert gesunken, was unmittelbar zum Zusammenbruch des gesamten deutschen Wirtschaftslebens führen muß. Dabei handelt es sich garnicht um lohnpolitische Forderungen, sondern um eine Machtprobe der Spartakisten. Gerade deshalb darf die Regierung nicht zögern, vielmehr muß sie die Kommunisten mit Gewalt zu Boden werfen. Sonst glimmt das Feuer des Aufruhrs unter der Decke weiter, um bei irgend einer Gelegenheit wieder lichterloh emporzuschlagen. Wenn die Spartakisten wagen sollten, die Drohung auszuführen, die Maschinenanlagen und Fahrschächte zu zerstören, so muß die Regierung die Rädelsführer und die Täter schonungslos zur Verantwortwortung ziehen Es handelt sich jetzt nicht mehr um einfachen Aufruhr, sondern um schweren Landsfriedensbruch, der sich angesichts unserer außenpolitischen Lage zum Hoch- und Landesverrat ausgewachsen hat. Unser Ansehen bei den andern Völkern hängt davon ab, ob es uns gelingt der Anarchie im Ruhrgebiet Herr zu werden. Der größte Teil der Bergarbeiter ist arbeitswillig und ersehnt die Befreiung von dem furchtbaren roten Schrecken. Wenn das Ruhrgebiet von Spartakus gesäubert ist, ist das auch eine Warnung für andre Städte, wo sich immer noch kommunistische Nester befinden. Es muß ein Ende gemacht werden damit, daß bewaffnete Verbrecherbanden nach Gefallen heute die Sicherheit dieser und morgen jener Stadt bedrohen. Die Anführer möge die ganze Härte der Gesetze treffen, die Verführten aber sollten unverzüglich unter Arbeitszwang gestellt werden.

Gegen Spartakus in Düsseldorf.

Münster, 9. Februar. Marschall Foch hat gestattet, daß zur Abwehr der spartakistischen Umtriebe in Düsseldorf Regierungstruppen verwendet werden, doch muß die Stärke der verwendeten Truppen mitgeteilt werden. Durch dieses Uebereinkommen mit Marschall Foch hat die Reichsregierung gegenüber der spartakistischen Hochburg in Düsseldorf größere Bewegungs- und Aktionsfreiheit erhalten. Nach den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages fällt Düsseldorf in die neutrale Zone, in der zwar die Regierung Truppen halten darf, aber nur in so beschränkter Zahl, daß ihre erfolgreiche Verwendung gegen die vielen Tausende bewaffneter Spartakisten in Düsseldorf aussichtslos erscheinen mußte. Durch das neue Uebereinkommen ist die Regierung in die Lage versetzt, eine ausreichende Menge von Regierungstruppen nach Düsseldorf zu dirigieren und den Kampf gegen die Kommunisten aufzunehmen. Diese Tatsache ist für die ganze Reichsexekution im Ruhrgebiet von außerordentlicher Bedeutung, da die Spartakisten den größten Zuwachs an Kämpfern und Kampfmitteln aus Düsseldorf erhalten.

Zur Lage an der Wasserkante.

Bremen, 20. Februar. (Dr.) Böjemanns Tel.-Büro meldet: Der Abmarsch größerer Teile des Landesschützen-Korps hat seit gestern abend begonnen. Im Laufe des heutigen Morgens wurde Wilhelmshaven und Rüstringen besetzt. In Jever, und Wilhelmshaven herrscht Ruhe. Die Torpedowerft in Wilhelmshaven soll sich bereits in Händen der Regierungstruppen befinden.

Abermals neue Waffenstillstandsbedingungen!

Amsterdam, 20. Februar. (Drahtnachricht.) Nach „Nieuwe van den Dag" berichtet die „Times", daß die Alliierten über folgende militärische, an Deutschland zu richtende, neuen Waffenstillstandsbedingungen sich geeinigt haben: Uebergabe von 8 Schlachtkreuzern, 8 Kreuzern, 42 Torpedojägern und 50 Torpedobooten. Alle U-Bootsdocks und Reparaturwerkstätten müssen innerhalb 15 Tagen abgebrochen werden. Die Hilfskreuzer müssen abgerüstet und Kriegsausrüstung zerstört werden. Die Befestigungen von Helgoland müssen von deutschen Arbeitern unter Aufsicht der Alliierten geschleift werden.

In der gestrigen Unterhaussitzung wurde mitgeteilt, daß bisher von Deutschland ausgeliefert wurden: Alle schweren und alle Feldgeschütze, alle Maschinengewehre, Laufgrabenwerfer und Flugzeuge, außerdem noch 4065 Lokomotiven anstelle von 5000 und 126836 Waggons anstelle von 150000.

Deutsche Sklavenarbeit in Frankreich.

Bern, 20 Februar. (Drahtnachricht). In der letzten Sitzung der französischen Kammer gab die Regierung die Zusicherung, nach Möglichkeit die Freiheit des Handels wiederherzustellen und die Preissteigerung zu bekämpfen. Die deutschen Kriegsgefangenen sollten solange wie irgend möglich bei den landwirtschaftlichen und Bodenarbeiten verwendet werden.

Die Aemterverteilung im preußischen Ministerium.

Berlin, 20. Februar. (Dr.) Laut „Voss Ztg." soll jetzt das preußische Kultusministerium den Demokraten und das Justizministerium dem Zentrum zu überlassen beschlossen sein. Die Sozialdemokraten sollen die auf sie entfallenden Aemter wie folgt verteilt haben: Hirsch Ministerpräsident, Sydekum Finanzminister, Heine Inneres, Braun Landwirtschaft, Hue Arbeitsministerium, Ernst Minister ohne Portefeuille, Goehre soll Unterstaatssekretär im Kriegsministerium bleiben.

Die erste Lesung des Reichswehrgesetzes.

Berlin, 20. Februar. (Drahtnachricht) Am Sonnabend soll in Weimar die erste Lesung des Reichswehrgesetzes beginnen. Laut „Berl. Tagebl" wird die Vorlage vom Reichswehrminister Noske begründet werden.

Weiterer Bruch des Waffenstillstands durch die Polen.

Berlin, 20 Februar (Dr.) Auf der ganzen posenschen Front wurde der Waffenstillstand von den Polen durch Angriffsunternehmungen bereits gebrochen. Bei Nakel und Filehne mußten sich die Polen nach Kämpfen zurückziehen. In der Gegend von Kolmar wurde Radivonke genommen. Die Polen drohen mit der Beschießung von Neugut östlich Lissa als Vergeltung für den angeblichen Bombenabwurf auf Rankel östlich Lissa. Ein solcher hat niemals stattgefunden.

Zum Anschlag auf Clemenceau.

Paris, 20. Februar. (Dr) Nach Blättermeldungen erklärte Lansing, nachdem er dem Ministerpräsidenten Clemenceau einen Besuch abgestattet hatte, daß das Werk der Konferenz keine Unterbrechung erleiden würde. Clemenceau erklärte, er hoffe, daß das Attentat die anderen Staatsmänner zur schnellsten Erledigung der schwebenden Fragen anspornen werde.

Paris, 20. Februar (Dr) Havas. Der um 11 Uhr herausgegebene Krankheitsbericht über Clemenceau besagt, daß der Blutauswurf erkennen ließ, daß das Geschoß in die Lunge gedrungen war. Die Röntgenuntersuchung stellte die genaue Lage der Kugel in der Brusthöhle fest Das Allgemeinbefinden ist sehr befriedigend.

Paris, 20. Februar. (Dr.) Nach einer Havasmeldung erklärte der bei dem Anschlag auf Clemenceau festgenommene Maler Dreyfuß, daß er in keiner Beziehung zu dem Urheber des Anschlags stehe. Der Täter Cottin hatte alles zur Flucht vorbereitet. Man fand in seinem Koffer außer einigen Bekleidungsstücken vor allem anarchistische Schriften.

Bern, 20. Februar. (Dr) Wie aus Lyoner Blättern hervorgeht, sind bei dem Attentat auf Clemenceau nicht 2, sondern 3 Personen verhaftet worden. Nach einigen Blättern wird die Schuld an dem Anschlag auf ausländischen Einfluß, entweder bolschewistischen oder deutschen, zurückgeführt.

Haben wir's nicht vorausgesagt, daß der Versuch gemacht werden wird, die Schuld an dem Anschlag auf irgendeine Weise den Deutschen zuzuschieben?

Paris, 20. Februar. (Drahtnachricht) Havas. Der Urheber des Attentats auf Clemenceau, Cottin, ist 1896 geboren und französischer Nationalität. Er erklärte, er sei ausgesprochener Anarchist und habe schon ungefähr 6 Monate daran gedacht, den französischen Ministerpräsidenten zu töten, da er ihn für den größten Feind der Menschheit halte. Cottin kaufte vor etwa zwei Tagen einem demobilisierten Soldaten einen Browning ab und versuchte die Waffe in seinem Zimmer. Da er beobachtet hatte, daß das Haus Clemenceaus bewacht war, entschloß er sich, in einer gewissen Entfernung das Attentat auszuführen. So gab er mehrere Revolverschüsse auf das Auto des Ministerpräsidenten ab. Er hatte die Empfindung, daß das vorletzte Geschoß Clemenceau getroffen hätte. Der neben dem Autoführer sitzende Soldat war sofort vom Wagen gesprungen und hatte sich gegen den Täter gewandt und zwei oder drei Schüsse auf ihn abgegeben, ohne ihn jedoch zu treffen. Ein Vorübergehender hielt hierauf den Mörder fest, der von der Menge herumgezerrt wurde, bis er den Händen der Polizei übergeben werden konnte. Es wurde auch ein gewisser Dreyfuß verhaftet, der den Passanten ihre Brutalität vorwarf. Bei diesem Verhör gab Dreyfuß an, er habe im Augenblick, als er gegen das Benehmen der Leute protestierte, nicht gewußt, daß Clemenceau verletzt worden sei, und er habe Cottin nicht gekannt.

Paris, 20. Februar. (Drahtnachricht.) Havas. Gestern abend 8 Uhr war der Zustand Clemenceaus unverändert. Seine Temperatur betrug 36 Grad.

Lloyd George auf der Reise nach Paris.

London, 20. Februar. (Dr.) Wie Reuter erfährt, erhielt Lloyd George die dringende Aufforderung, nach Paris zu kommen. Er wird morgen in einer Bergarbeiterversammlung Ansprachen halten und unmittelbar danach nach Paris abreisen.

Streikbewegung der Bergarbeiter in England.

London, 20 Februar. (Dr) Das Ergebnis der Abstimmung der Bergarbeitervereinigung von Süd Wales wurde heute nacht bekannt gegeben. Danach erklärten sich 32903 Bergleute für den Streik und 7990 dagegen.

Deutsche Protestnote gegen die Fortschaffung der Deutschen aus China.

Berlin, 19. Februar. (W. T. B.) Die deutsche Regierung hat den Alliierten in Spaa am 18 Februar eine Protestnote gegen die geplante Fortschaffung aller Deutschen aus China überreichen lassen. Es sei, wie in der Note erklärt wird, der deutschen Regierung bekannt geworden, daß die deutschen Staatsangehörigen in China bereits Anweisung erhalten haben, sich nach Schanghai zu begeben, um Ende Februar dort eingeschifft zu werden. Diese Maßnahme würde die Feindseligkeiten gegen die deutsche Zivilbevölkerung in China rücksichtslos fortsetzen und mit der durch den

Abschluß des Waffenstillstandes geschaffenen Lage in durchaus unvereinbarem Gegensatz stehen. Die deutsche Regierung erwartet, daß die zur zwangsweisen Fortführung der Deutschen aus China bereits eingeleiteten Schritte sofort eingestellt werden.

Die Franzosen in Kehl.

Aus zuverlässiger Quelle wird der „Voss. Ztg." gemeldet: Beim Einzug der Franzosen in Kehl war das Gebäude eines Bergwerksdirektors, eines Elsässers, mit der Trikolore geschmückt worden, was unter der ganzen Bürgerschaft großes Aergernis erregt hatte. Vor einigen Tagen wurden zu nächtlicher Stunde einige Fenster des Gebäudes eingeworfen. Zur Strafe für dieses angebliche Verbrechen ist nun der Stadt Kehl die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 5000 Mark mit Befristung von 24 Stunden auferlegt worden. Die Franzosen, so wird uns weiter berichtet, fühlen sich im Kehler Brückenkopf schon ganz als die Herren im Lande. Die Soldaten sagen ganz offen, daß das ganze Kehler Gebiet nicht mehr an Deutschland zurückgegeben wird, und die Straßburger Zeitungen haben bereits die Kühnheit, Nachrichten aus dem Gebiete des Kehler Brückenkopfes mit „Nachrichten aus dem badischen Elsaß" zu überschreiben.

Die Heimkehr auf dem englischen Totenschiff.

Wesel, 19. Februar. (W. T. B) Zwei Transporte Zivilgefangener von rund 11 000 Personen trafen letzte Nacht hier ein; sie waren zehn Tage von London unterwegs. Bei der Ankunft in Antwerpen waren fünf Personen gestorben, davon blieben vier in Antwerpen und eine in Rotterdam zurück. Ferner mußten in Antwerpen 18 nicht transportfähige Schwerkranke zurückbleiben. Bei der Ankunft in Wesel mußten fünf Personen ins Krankenhaus und acht in ärztliche Behandlung gegeben werden. Die Ortsgruppe Wesel für Kriegsgefangenschutz richtete aus diesem Anlaß nachstehendes Telegramm an die Nationalversammlung in Weimar: „Bei den hier eingetroffenen, in England interniert gewesenen Deutschen wurden außer 18 Schwererkrankten fünf Tote überbracht. Diese überaus traurigen Fälle wurden hervorgerufen durch Entbehrung und Mangel an irgendeiner Schlafgelegenheit bei einer zehntägigen Ueberfahrt von England nach Rotterdam. Die Ortsgruppe Wesel ersucht die Nationalversammlung dringend, keinerlei Mittel und Wege unversucht zu lassen, der aller Menschlichkeit spottenden Behandlung unserer Gefangenen durch baldmögliche Rückkehr ein Ende zu machen."

Anmarsch der Tschechen gegen die Grafschaft Glatz.

Breslau, 19. Februar. Nach zuverlässigen Meldungen aus Böhmen befinden sich zahlreiche feldmarschmäßig ausgerüstete tschechische Kompanien im Anmarsch gegen die schlesisch-böhmische Grenze beim Glatzer Bergkessel. Es scheint die Absicht der Tschechen zu sein, die Grafschaft Glatz, auf die sie Anspruch erheben, durch einen Handstreich zu erobern.

Bayern verzichtet auf Gesandte und Briefmarken.

Weimar, 19. Februar. Die Beratungen des Staatenausschusses sind heute bis zu § 19 des Verfassungsentwurfes gediehen. Es sind an dem Entwurfe nur eine Reihe kleiner Aenderungen vorgenommen worden. Wichtig ist, daß Bayern in der heutigen Sitzung auf seine eigenen Briefmarken und auf das Recht, eigene Gesandtschaften zu unterhalten, verzichtet hat.

Ein Briefwechsel zwischen Hindenburg und Scheidemann.

Die Aeußerungen Scheidemanns über Ludendorff.

Die Regierung veröffentlicht jetzt den zwischen Generalfeldmarschall Hindenburg und Reichsministerpräsident Scheidemann geführten Briefwechsel, der sich auf die Aeußerungen Scheidemanns über Genral Ludendorff bezieht.

Der Brief des Generalfeldmarschalls Hindenburg hat folgenden Wortlaut:

Großes Hauptquartier, 16. Februar.

„Euer Exzellenz

haben in in der Sitzung der Nationalversammlung vom 13. 2. 1919 den General Ludendorff als „Hasardeur" bezeichnet. Für mich und viele andere, die dem General Ludendorff treu ergeben sind, hat dieses Wort — von verantwortlicher höchster Reichsstelle gesprochen — sehr verletzt. General Ludendorff ist ein glühender Patriot und hat nur das Beste für das deutsche Volk in seiner kraftvollen Art erstrebt. Das gewissenlose oder leichtfertige Wesen eines Hasardeurs liegt ihm ganz ferne. Ich kann nicht annehmen, daß Euer Exzellenz meinem treuen Mitarbeiter in schwerer Kriegszeit, für dessen Tun ich mit verantwortlich war, das reine und ernste Wirken für des Vaterlandes Wohl absprechen wollen. Mit der Versicherung meiner Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euer Exzellenz ergebener

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall."

Reichsministerpräsident Scheidemann antwortete:

z. Zt. Weimar, 19. Februar.

Euer Exzellenz!

Darf ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß meine Aeußerung über General Ludendorff Euer Exzellenz verletzt hat. In der Sache selbst kann ich aber von meinem Wort nicht abgehen. Hazardeur nenne ich den Mann, der alles auf eine Karte setzt, ohne die Folgen zu bedenken, die ein Versagen dieser Karte nach sich zieht. Daß General Ludendorff in dieser Weise gehandelt hat, davon habe ich mich als Parlamentarier und erst recht als Mitglied des Kabinetts des Prinzen Max überzeugen können. Ich dürfte umso mehr von einem „genialen Hazardeur" sprechen, als General Ludendorff, wie aktenmäßig feststeht, am ersten Oktober 1918 selbst erklärt hat: „Ich komme mir vor wie ein Hazardspieler".

Ich bleibe mit der Versicherung meiner Hochachtung

Euer Exzellenz ganz ergebener

Philipp Scheidemann."

Schwarz-rot-gold — Reichsfarben.

Der Staatenausschuß nahm gestern für das Deutsche Reich die Farben schwarz-rot gold an.

Die Errichtung der Reichswehr.

Am Mittwoch fand, wie die C. P. C hört, eine interfraktionelle Besprechung über die Frage der Wiederaufrichtung des deutschen Heeres statt. Ein Gesetzentwurf ist bei der Reichsregierung bereits in Arbeit. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, einen Entwurf im Laufe der nächsten Tage der Nationalversammlung vorzulegen.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetrieb-Verwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, 20. Februar. Abg. Traub (Deutschnationale Volkspartei) führte in der heutigen Sitzung aus: Das Vordringen der Südslawen in Oesterreich sollte man mehr beachten. Einspruch müssen wir dagegen erheben, daß die Neutralen bei der gegenwärtigen Konferenz der Alliierten so wenig berücksichtigt werden. Kulturpflicht ist es, unserer deutschen Brüder außerhalb der Reichsgrenzen zu gedenken. Leider wird in der offiziösen Presse dem deutschen Volke der ganze Ernst der Lage noch immer nicht dargelegt. Einmütig protestiert das deutsche Volk gegen die Aufrechterhaltung der Blockade und gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Graf Brockdorff sollte sich mehr in die Nähe des Wehrministers Noske setzen, um von dessen urwüchsiger Frische und echt deutschem Stolz etwas zu übernehmen. Wenn sich die in Weiten Kreisen auf Wilson gesetzten Hoffnungen erfüllen, würde ich mich freuen, ich habe aber kein Zutrauen zu ihm. Wir wünschen alle einen baldigen Frieden. Die Revolution aber hat uns nicht Frieden gebracht, sondern uns weiter von ihm entfernt. 15 Milliarden alten Kredits bewilligen wir selbstverständlch, ebenso 300 Millionen zur Förderung des Wohnungswesens. Wir verlangen aber, daß uns im Ausschuß über andere Milliarden Auskunft gegeben werde. Wir haben vor, allein die Riesenaufgabe zu lösen, unsere künftige Ernte militärisch zu sichern. Tun wir das nicht, dann ist alles müßig, was wir in Weimar zustande brachten. Wir werden dieses Erbe des alten Liberalismus bewahren. Der alte Geist des alten Liberalismus ist nach rechts gewandert. Andere neue Wege wird uns ja freilich die Jugend bahnen.

Das Haus wendet sich der Erledigung der Kreditvorlage zu. Dazu liegt eine Reihe von Anträge vor, die eine Herabsetzung, beziehungsweise die Ablehnung des Kredits fordern.

Finanzminister Schiffer: Ich bitte, alle diese Anträge abzulehnen; von 25 Milliarden sind bereits 15 verausgabt, weitere 3 durch Wechselverpflichtungen des Reiches verbraucht.

Dem Bericht über die Sitzung vom 19. d. Mts. ist noch folgendes nachzutragen:

Die erste Frauenrede im neuen Reichsparlament steuerte die Abg. Frau Jucharcz (Soz.) bei. Die geübte Versammlungsrednerin fand sich mit ihrer Aufgabe nicht ohne Geschick ab, fand sogar allseitigen Beifall, als sie versicherte, daß der Eintritt in die parlamentarische Arena nicht zur Verleugnung des Frauentums führen werde. Nennenswerte neue Gedanken entwickelte die Rednerin nicht. Parteipolitisch scharfe Tendenz zeigte Frau Jucharcz inBemängelung der deutschnationalen Richtung, die sie im Grafen Posadowsky personifizierte. Ein Appell an die Menschlichkeit, die Hungerblockade aufzuheben, schloß die Rede befriedigend ab. Damit war die zweite Rednergarnitur aufmarschiert, für die das Zentrum seinen Wirtschaftspolitiker, Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuten, entsandte. Eine galante Verbeugung vor der parlamentarischen Zusammenarbeit von Mann und Frau, ein Erinnern an die Bemühungen des Papstes um die deutschen Kriegsgefangenen, ein Anspruch auf Zentrumspriorität an den Sozialisierungsplänen, und dann Aufrollen der Bedeutung wirtschaftlicher Erfordernisse bei den Friedensverhandlungen. Dr. Mayer verhehlt sich nicht, daß man bei den übelwollenden Partnern auf harte Köpfe stoßen werde. Auch der zweite Sprecher der Demokraten, Abg. Falk, kann nicht an den Großmut der Gegner glauben. Der „Brennusgeist" der alten Gallier — sei noch recht lebendig. Der Klage über die schroffe Behandlung der Deutschen in den besetzten Gebieten schloß sich Reichsminister Erzberger an, der keinen Anstand nahm, die Zurückhaltung der deutschenGefangenen als „größte Barbarei der Geschichte" zu bezeichnen. Kraftvolle Zustimmung, die sich steigerte, als Erzberger frei heraus vom „Wortbruch der Feinde sprach. Abseits stellte sich nur und richtete sich damit selbst Abg. Haase (U.-S.), den zum Schluß nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der erste Ordnungsruf im Weimarer Parlament ereilte. Ein trauriger Ruhm.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 21. Februar 1919.

— **Grenzsperre.** Von unterrichteter Stelle wird uns bzgl. des Grenzverkehrs mitgeteilt, daß durch die militärische wie politische Lage die tatsächliche Grenzsperre eingetreten sei. Der gesamte Verkehr unterliegt danach der Bewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung.

— **Wiederaufnahme des Betriebes bei den westpreußischen Kleinbahnen.** Der Betrieb auf den westpreußischen Kleinbahnen ist Mittwoch früh in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Berliner Direktion hatte den ihr unterbreiteten Forderungen zugestimmt, es dagegen abgelehnt, die Streiktage zu bezahlen. Im Hinblick auf die schwere Gefährdung der Milchversorgung Danzigs durch eine weitere Andauer des Streiks beschlossen der Betriebsarbeiterrat und der Beamtenausschuß, die Forderung auf Zahlung der Streiktage fallen zu lassen und in vollem Umfange die Arbeit wieder aufzunehmen.

— **Die Neubesetzung der Kriegsgerichte.** Seit Ausbruch der Revolution konnte bei den Militärgerichten keine Rechtsprechung ausgeübt werden, da die frühere Besetzung der Gerichte ausgeschaltet war und hierfür erst neue Bestimmungen geschaffen werden mußten. Dies ist nun geschehen, und seit einigen Tagen finden wieder öffentliche Verhandlungen statt. Die richterliche Besetzung ist heute folgende: Während vor der Revolution die kriegsgerichtlichen Urteile lediglich durch Offiziere und Kriegsgerichtsräte gefällt wurden, bestehen die Richter jetzt neben den Kriegsgerichtsräten zum größten Teil aus Soldaten und Angehörigen des Unteroffizierkorps. Früher hatte der Gerichtsherr darüber zu bestimmen, welche Offiziere als Beisitzer in Betracht kämen; heute liegt diese Befugnis in den Händen des Soldatenrates Er kann auch selbst als Richter auftreten. Je nach dem militärischen Rang des Angeklagten müssen zwei Richter in dem gleichen Grade stehen. Wird also beispielsweise ein Soldat abgeurteilt, so müssen neben den anderen Richtern mindestens zwei Soldaten beisitzen. Den Vorsitz in den Verhandlungen führt, soweit kein höherer Vorgesetzter zur Stelle ist, der gleichzeitig als Verhandlungsleiter tätige Kriegsgerichtsrat. Was den rein prozessualen Gang der Verhandlung angeht, so sind gegen früher nur kleinere Aenderungen eingetreten.

— **Die engste Zusammenfassung der kaufmännischen Angestellten-Verbände Deutschlands** ist das Ziel von Besprechungen, welche in diesen Tagen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Buchhandlungsgehilfenverband-Leipzig, Deutschen Bankbeamtenverein-Berlin, Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband - Hamburg, Kaufmännischen Verein von 1858-Hamburg, Verband Deutscher Handlungsgehilfen-Leipzig und Verein der Deutschen Kaufleute-Berlin im Rheingold zu Berlin gepflogen worden sind. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme folgender Entschließung: „Die am 9. Februar 1919 in Berlin versammelten Vertreter kaufmännischer Angestelltenverbände sind nach ausgiebiger Aussprache zu der einmütigen Ueberzeugung gelangt, daß eine Vereinheitlichung der deutschen Handlungsgehilfenbewegung einschließlich der Verbände weiblicher Angestellten notwendig ist. Die Aussprache hat aber auch erkennen lassen, daß eine Vereinheitlichung nur nach Ueberwindung zahlreicher und großer Schwierigkeiten erreichbar sein wird. Die versammelten Vertreter betrauen deshalb einen Ausschuß mit der Aufgabe, die geistigen und technischen Möglichkeiten für die Vereinheitlichung zu prüfen u. in absehbarer Zeit über das Ergebnis zu berichten." — Der Ausschuß setzt sich aus je einem Vertreter der Verbände zusammen; zum unparteiischen Vorsitzenden, der auf Ersuchen der Beteiligten diese Besprechungen geleitet hat, wurde der Regierungsrat bei der Reichsversicherungs-Anstalt für Angestellte Dr. Thissen gewählt. Der Ausschuß wird seine Arbeiten zur Schaffung einer wirtschaftlich und organisatorisch möglichst vollkommenen Gemeinschafts- oder Einheitsform der kaufmännischen Angestelltenbewegung aufnehmen, sobald festgestellt ist, welche gewerkschaftlichen Verbände noch außer den obengenannten sich beteiligen werden.

— **Mannschaftsversorgung.** Die Kriegsbeschädigtenversorgung und ihr organischer Aufbau lassen nach Auffassung der Versorgungsberechtigten und aller namhaften Sozialpolitiker noch sehr zu wünschen übrig, zumal auch die jüngsten Erlasse wieder auf den alten Versorgungsgesetzen aufbauen. Die Versorgung erhält damit etwas Behelfsmäßiges, Unfertiges und Ueberstürztes, wodurch den Kriegsbeschädigten nicht durchgreifend geholfen wird; dabei wird das neue Versorgungsgesetz wohl noch auf sich warten lassen. Die Kriegsbeschädigtenvereinigungen haben sich nach allen Seiten schon mit der Frage der Reform des Militärversorgungsgesetzes befaßt, sind aber bisher noch nicht zu positiven Vorschlägen gekommen. Der Verband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer, Berlin SW. 68, Kochstr. 9, läßt nun die gewonnenen Erfahrungen durch eine anerkannte Kraft bearbeiten und wird sie nebst durchführbaren Aenderungsvorschlägen demnächst in der Form einer kurzen Broschüre der Oeffentlichkeit zur Debatte stellen.

— **Die preußischen Handelskammern gegen die wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands.** In einer Versammlung der Vertreter der preußischen Handelskammern am 12. Februar ist einstimmig folgende Entschließung gefaßt wroden: Die Verhandlungen, welche der Einstellung der Feindseligkeiten vorhergingen, wurden unter der allseitigen Voraussetzung geführt, daß ein Friede der Gerechtigkeit und der freien Selbstbestimmung der Völker gemäß den ausdrücklichen Zusicherungen des Präsidenten Wilson geschlossen werde. Im Widerspruch hiermit werden dem deutschen Volke nunmehr Bedingungen auferlegt und angedroht, die diesen Voraussetzungen Hohn sprechen. Das bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Trier geschlossene Abkommen liefert die deutsche Handelsflotte in Wirklichkeit auf unabsehbare Zeit den Alliierten aus, überantwortet die deutsche seemännische Bevölkerung der Erwerbslosigkeit und verbannt die deutsche Flagge vom Meer. Der Fortbestand und die tatsächliche Verschärfung der Blockade verletzt alle Grundsätze der Menschlichkeit und bedroht Deutschland mit Hungersnot. Nicht nur in Elsaß-Lothringen, sondern auch in den rein deutschen Gebieten links des Rheins wird von Frankreich versucht, vor Friedensschluß einen Zustand zu schaffen, der den natürlichen, in der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder liegenden Verhältnissen entgegengesetzt ist. In den deutschen Ostmarken versuchen die Polen und Litauer Gebiete an sich zu reißen, die unwiderleglich zum überwiegenden Teile von Deutschen bewohnt sind. Die Ankündigungen über das künftige Geschick der deutschen Kolonien rechtfertigen die ernste Befürchtung, daß deren widerrechtliche Wegnahme geplant ist. Die preußischen Handelskammern legen gegen alle diese Bestrebungen, die auf eine wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands hinauslaufen, feierliche Verwahrung ein und weisen eindringlich darauf hin, daß aus einer solchen Gewaltpolitik niemals ein dauernder Völkerfriede hervorgehen kann.

— **Die Lahmlegung unserer Industrie.** Unsere trostolse industrielle Lage, die sich von Tag zu Tag durch den anhaltenden Kohlen- und Rohstoffmangel sowie durch die ständig wachsenden Transportschwierigkeiten verschlechtert, kennzeichnet sich durch eine zunehmende Verteuerung der Erzeugnisse. Sie ist zurückzuführen auf die hohen Lohnforderungen der Arbeiter, die verkürzte Arbeitszeit und die Verminderung der Arbeitsleistung. Mangel an Aufträgen ist die natürliche Folge dieser Verteuerung. Im ganzen Reiche, besonders im Osten, ist es daher zu zahlreichen Betriebseinstellungen gekommen, selbst in Oberschlesien ist die Industrie durch den Kohlenmangel zum Teil lahmgelegt. In Süddeutschland, Ost- und Westpreußen, die von den Kohlenrevieren am weitesten entfernt liegen, kann von einer nennenswerten Tätigkeit der Industrie überhaupt nicht mehr die Rede sein.

— **Lohnerhöhungen und Arbeitsunlust.** Zu der katastrophalen Belastungsprobe, die unsere Industrie durch Kohlen- und Rohstoffmangel sowie durch die steigenden Kosten aller für die Betriebe notwendigen Materialien ausgesetzt ist tragen die außerordentlich hohenLohnforderungen der Arbeiterschaft wesentlich bei. In der Metall-, Zigarren- und Oelindustrie, im Bau- und Buchdruckergewerbe, im Salinenbau haben sie eine Höhe erreicht, die sich auch mit der geringsten Rentabilität nicht mehr vereinbaren läßt. Wie soll sich eine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ermöglichen, wenn zum Beispiel die Löhne in der Lederindustrie das Siebenfache (!!) der Friedenslöhne betragen?! Hinzu kommen die Arbeitsunlust und der seit Jahren beobachtete, jetzt aber erschreckende Rückgang der Leistung des einzelnen Arbeiters. In der Feinmechanik weist eine Firma, bei der keine Arbeiterentlassungen vorgenommen wurden und genügende Rohstoffe vorhanden waren, nach, daß ihre Produktion in den letzten Monaten auf ein Zehntel (!) zurückgegangen ist. In der Lederindustrie sollen die Leistungen bis zum dritten Teil der Friedensleistungen gesunken sein. Da unsere Industrie durch die ungeheure Verkehrsnot, mit deren Besserung auf absehbare Zeit nicht zu rechnen ist, weiter aufs empfindlichste geschädigt ist, ergibt sich für unser Wirtschaftsleben ein Bild, wie es trostloser nicht gedacht werden kann. —

— **Die Aussichten auf Kohle.** Wenn man von der Beendigung desBergarbeiterstreiks eine Besserung in der Kohlenversorgung Deutschlands erhofft hatte, so hat sich diese Hoffnung leider als trügerisch erwiesen; denn inzwischen sind die Transportschwierigkeiten durch die gewaltigen Abgaben von Lokomotiven an die Entente geradezu unüberwindlich geworden. Während in transportgünstigen Zeiten die täglichen Wagengestellungen in Westfalen etwa 25 000, in Oberschlesien etwa 12 000 Wagen betrugen, belaufen sie sich jetzt etwa auf 12 500 beziehungsweise 3000 Wagen.

— **Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen hinausgeschoben.** Während alle Kriegsgefangenen der uns feindlichen verbündeten Mächte nunmehr in Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen mit Ausnahme der wenigen zur Zeit nicht transportfähigen Kranken und Verwundeten den deutschen Boden verlassen haben und in ihre Heimat abtransportiert worden sind, verbleiben die

russischen Kriegsgefangenen zunächst noch in Deutschland. Diese Maßnahme gründet sich auf Artikel 4 der Waffenstillstandsbedingungen vom 16. Januar 1919, wonach die Entente die Fürsorge und Heimbeförderung der russischen Kriegsgefangenen für sich in Anspruch genommen und vorläufig jeden weiteren Abtransport untersagt hat. In Anbetracht der ungeklärten Lage im Innern, des Mangels an Transportmitteln und der großen Hungersnot in Rußland sind die Vertreter der Entente der Ansicht, daß die Russen beim Heimtransport bei dem jetzigen strengen Winterwetter den größten Gefahren für ihr Leben ausgesetzt seien. Die Entente will daher die Abtransportfrage selbst nach Lage der besten Abschubmöglichkeit in die Hand nehmen. Den russischen Kriegsgefangenen wird durch die Entente bis zum Abtransport eine bessere Verpflegung zuteil werden, als es der deutschen Regierung infolge des in Deutschland herrschenden Mangels an Nahrungsmitteln möglich ist. Auch sollen den russischen Kriegsgefangenen möglichst weitgehende Erleichterungen in ihren Lagern zugestanden werden, unter der Voraussetzung, daß sie sich verpflichten, unter sich selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen und jegliche Ausschreitung in den Lagern wie außerhalb derselben zu vermeiden.

— **Eine Riesenversammlung polnischer Arbeiter und Arbeiterinnen** fand am Mittwoch im großen Viktoriasaal statt. Eröffnet wurde sie durch Herrn Wojciechowski, den Vorsitz führte Herr Marciniak. Es sprachen: Herr A. Brejski über „Die soziale Frage und die Art ihrer Lösung", Herr Fr. Wojciechowski über „Die Frauenfrage", Herr Klosinski über „Die Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der polnischen Berufsvereinigung" und Herr Dr. Krzyzankiewicz als Präses der Organisationsabteilung des Polnischen Volksrats, indem er zum Eintritt in die polnische Arbeiterberufsorganisation aufforderte. Zum Schluß begründete Herr Fr. Wojciechowski folgende Entschließung, die einstimmig angenommen wurde: „Die Polen und Polinnen, am 19. 2. 19 in einer Stärke von 4000 Personen auf einer Arbeiterversammlung in Thorn versammelt, bitten das Kartell der polnischen Berufsvereinigung, dieses möge sofort und energisch beim Arbeiter- und Soldatenrat, beim Magistrat zu Thorn und bei der Regierung in Berlin dahin vorstellig werden, daß die hohen Preise für Lebensmittel und Bekleidung zum Sinken gebracht werden, da die gegenwärtigen Preise nicht nur in den Kreisen der Arbeiterschaft, sondern auch in der ganzen Bevölkerung ganz begründete Erregung und Unzufriedenheit hervorrufen."

— **Einzug der 61er.** Heute mittag zog das Infanterie Regiment 61, geführt von Herrn Oberst von Keiser, in Stärke von 650 Mann mit Geschützen, Maschinengewehren und Gulaschkanonen über die Breitestraße am Rathaus vorüber in seine Garnisonstadt Thorn ein. — Weite Kreise der auf den Einmarsch der 61er wartenden Bevölkerung, insbesondere die Damen, hatten umfassende Vorbereitungen getroffen, um den Heimkehrenden einen würdigen Empfang zu bereiten. Durch Ueberreichung von Bier, Pfefferkuchen, Briefpapier usw. wollte man ihnen in dankbarer Anerkennung ihrer Leistungen eine kleine Freude bereiten. Leider hat nun diese Begrüßung nicht stattfinden können, da vom Gouvernement heute früh die Mitteilung verbreitet wurde, daß der Einzug der Truppen sich noch verzögere. Von militärischer Seite wird uns hierzu mitgeteilt: Die 35. Inf.-Div. hatte gestern abend den Einmarsch des Inf.-Regts. 61, der im Anschluß an eine Uebung stattfinden sollte, verschoben. Infolge einer Aenderung der Lage fand der Einmarsch doch statt und zwar zu einer früheren Zeit, als ursprünglich vorgesehen war. Die Nachricht der 35. Inf-Division über den verfrühten Einmarsch war beim Gouvernement nicht rechtzeitig eingetroffen, sodaß der durch das Gouvernement vorgesehene Empfang des Regiments nicht stattfinden konnte. Zum großen Bedauern des Gouvernements konnte man auch die weiten Kreise der Bevölkerung, die Vorbereitungen zu dem Empfang unseres alten Regiments getroffen hatten, nicht benachrichtigen. Die Angehörigen des Regiments sind durch das unglückliche Zusammentreffen leider um den ihnen zugedachten freundlichen Empfang gekommen.

— **Im Metropoltheater** wird von heute ab der in den letzten Tagen mit starkem Erfolg im „Odeon" vorgeführte große nordische Kunstfilm „Söhne des Volkes" gezeigt. Dem fünfaktigem Drama, in dem die gegensätzlichen Anschauungen über Weltauffassung und Weltverbesserung in der Familie hart aufeinanderprallen, sind zum Aufbau der fesselnden Handlung Begebnisse zu Grunde gelegt, wie wir sie in der Revolutionszeit in vielen Städten unseres Vaterlands sich abspielen sahen. Man könnte diesem Drama, das so recht die Folgen des verbrecherischen Treibens radikaler Parteirichtungen in Gegensatz bringt zu den Segnungen, die sich aus der Verfolgung einer gemäßigteren Weltauffassung ergeben, auch den Titel „Spartakismus und Sozialismus" geben. Es zieht eine Parallele zwischen der Kampfesweise der brutalen Gewalt und dem Kampf des läuternden Worts. Allen denjenigen, die sich über den Erfolg dieser entgegengesetzten Richtungen belehren lassen wollen, kann ein Besuch der Vorführung nur empfohlen werden, insbesondere den Thorner Radaubrüdern, die in den letzten Versammlungen im Viktoriapark so herrliche Proben ihres weltverbessernden Heldentums gegeben haben.

— **Das königliche Gymnasium** bleibt, wie aus dem Anzeigeteil hervorgeht, wegen Kohlenmangels bis auf weiteres geschlossen.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Sonnabend, den 22. Februar. Sehr milde, wolkig, leichte Regenfälle.

---

op. **Culmsee.** Verhaftungen. Neue politische Verhaftungen sind hier vorgenommen worden. Folgende polnische Bürger wurden festgenommen, Max Polcyn, Wladyslaus Dormowicz, Johann Gorny, Johann Voß, Boleslaus Witkowski, Franz Piekarski und Franz Slivinski. Seit dem letzten Sonntag ist der Belagerungszustand verschärft worden. Von 5 Uhr abends ab darf keine Zivilperson ohne Erlaubnis der Kommandantur die Straße betreten. Der Eintritt in die Stadt ist bedeutend erschwert. Die Legitimationen mit eingeklebter Photographie, wie sie bisher vom Landratsamt Thorn ausgestellt worden sind, genügen nicht mehr, es bedarf außerdem eines besonderen Ausweises der Kommandantur Culmsee. — Dienstag kehrten die freigelassenen Geiseln aus der Festung Graudenz zurück.

Briesen. Mord. Der Arbeiter Vinzent Zuckermann und Gendarmerie-Wachtmeister Preßler von hier wurden laut „Bries. Ztg." Mittwoch vormittag im Schaltervorraum des Postamtes in Ausübung ihres Dienstes von einem hier vorübergehend aufhaltsamen Skoniecki, den sie beim Schleichhandel ertappten, mit einem Dolchmesser angegriffen. Zuckermann erhielt mehrere Messerstiche ins Genick und verstarb infolge Verletzung der Schlagader. Preßler, der dem Verletzten Hilfe leistete, wurde ebenfalls durch mehrere Messerstiche am Kopf schwer verletzt, doch befindet er sich außer Lebensgefahr. Zuckermann wurde in die städtische Leichenhalle geschafft. Der Täter versuchte zu entfliehen, wurde jedoch am Stadtbahnhofe von Soldaten gestellt, überwältigt und dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

Königsberg. Schülerausschuß. Infolge der Verordnung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bezüglich der Schulgemeinden und Schülerräte ist am hiesigen staatlichen Gymnasium ein Schülerausschuß gebildet worden, der die fünf oberen Klassen umfaßt. Der Schülerausschuß hat einen Vertrauenslehrer gewählt, der den Vorsitz führt. In den drei oberen Klassen wurden außerdem Vertrauensmänner gewählt. Das bisherige Zusammenwirken war ein gutes.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

„Als mir gestern abend der Artikel des Herrn Arbeitervertreters Perlwitz vor Augen kam, sagte ich mir: endlich eine Entgegnung! — Das zeigt doch immerhin, daß nicht jedes Verantwortungsgefühl in den Kreisen der augenblicklich in Thorn regierenden Partei ausgestorben ist. Ich gehöre mit zu denen, die dem sterbenden A.- und S.-Löwen, wie Herr Perlwitz so schön sagt, die ersten Tritte versetzt haben. — Die geistigen Waffen unserer Parteigegner sind ja in der Hauptsache Stuhlbeine und andere harte Gegenstände, wie in der Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei von vorgestern glänzend dokumentiert. In Amerika ist ja ein solches „parlamentarisches" Gebahren schon länger an der Tagesordnung, und man scheint in dieser Beziehung wenigstens von unseren Feinden gelernt zu haben. Die sachlichen Entgegnungen der Gegenpartei, deren Logik auf ziemlich schwachen Füßen steht, möchte ich etwas näher beleuchten. Herr Böhme spricht von Schmähungen der Tagespresse, wo berechtigte, scharfe Kritik geübt wird. — Der noch bestehende A.- und S.-Rat, der sich als Interims Regierung gewählt hat, hätte folgerichtig nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Buchführung mit Bilanz vorlegen und dann wieder zur täglichen Arbeit zurückkehren müssen, wo jeder Deutsche augenblicklich gebraucht wird. — Warum geschieht das nicht? — Gegen das Kontrollieren der Lebensmittelverteilung durch alle Parteien ist bestimmt nichts einzuwenden. Nach den Ausführungen des Herrn Perlwitz bereuen anscheinend die Arbeitervertreter jetzt, mit den Soldaten zusammen gegangen zu sein, ohne diese hätten sie aber nie zu der Macht gelangen können.

Walter Becker, Heiligegeiststraße 1.

In den bevorstehenden Friedensverhandlungen wird u. a. dem Reiche die Abrüstung diktiert und die Heeresfriedensstärke um mehr als das Doppelte herabgesetzt werden. Die natürliche Folge hiervon ist die Entlassung mehr als der Hälfte der aktiven Unteroffiziere. Somit werden Abertausende aktiver Militäranwärter gezwungen, sich in kürzester Zeit nach einer Lebensstellung umzusehen. All diesen Unteroffizieren — zum größten Teil mit Familie —, die durch langjährige Dienstzeit sich das Recht auf eine Anstellung erdienen wollten und erdient haben, und während des Krieges der Rückgrat der tapferen unvergleichlichen deutschen Armee waren, Anstellung und Arbeit zu verschaffen, dürfte, abgesehen vom Dank, Pflicht jeder Behörde, jedes Arbeitgebers sein. Leider wird in Verkennung der Leistungsfähigkeit des Unteroffiziers von vielen Behörden wenig, garnichts oder gerade das Gegenteil getan. Es ist bekannt geworden, daß bei dem Magistrat Thorn eine ledige weibliche Hilfskraft, die in vielen anderen Berufen der Weiblichkeit für ihren Unterhalt sorgen könnte, angestellt werden soll. Wenn bei allen Behörden derart gehandelt wird, dann wird wohl nur ein ganz kleiner Teil der Militäranwärter ein Unterkommen finden können.

Wir richten daher auf diesem Wege durch die Oeffentlichkeit an alle Behörden und Institute, an die Vertreter der Stadt- und Landgemeinden die dringende Bitte, für uns in dieser Hinsicht einzutreten, so wie wir Unteroffiziere in hunderten Schlachten besonders Tannenberg, Wloclawek—Plock, Masuren für sie eingestanden sind.

Vereinigung der aktiven Militäranwärter und Kapitulanten, Ortsgruppe Thorn.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 23. Februar 1919.

Evangel. Kirchengemeinde Gr. Bösendorf. Vorm. 10 Uhr in Gr. Bösendorf Gottesdienst.

Evangel. Kirchengemeinde Seglein. Vorm. 10 Uhr: Haupt - Gottesdienst. Nachm. 1/23 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Herr Pfarrer Franz. Nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe.

Neueste Nachrichten.

Oesterreichs Vertretung im künftigen Staatenausschuß.

Berlin, 20. Februar. (Dr.) Im künftigen Staatenausschuß sind den Deutsch-Oesterreichern 9 Stimmen zugebilligt worden.

Amtliche städtische Bekanntmachungen.

Thorn. **22. 2. 1919**

Bekanntmachung.

Die polnischen Volksräte im Regierungsbezirk Marienwerder haben wiederholt an die Bevölkerung Verfügungen gerichtet und Bescheinigungen ausgestellt, wie sie bisher lediglich von Behörden erteilt worden sind und haben die Bevölkerung zu bestimmten Handlungen bezw. Unterlassungen aufgefordert. Den Schriftstücken wird durch die Unterschrift: Der polnische Volks- und Arbeiterrat für den Kreis . . . . . und Aufdruck eines Stempels mit dem polnischen Adler auch äußerlich der behördliche Anschein gegeben.

Ich mache deshalb darauf aufmerksam, daß die polnischen Volks-, Arbeiter- und Soldatenräte nicht das Recht haben, der Bevölkerung gegenüber als Behörde aufzutreten. Ihren Anordnungen braucht nicht gefolgt zu werden. Auch wo ihre Wahl ordnungsmäßig zustande gekommen ist, was in den meisten Fällen nicht feststeht, würde ihnen nach der Verordnung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte in Groß Berlin vom 2. November 1918 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 279) eine vollziehende Gewalt nicht zustehen.

Zwangsweise Eingriffe in die Amtsführung der Behörden, beispielsweise Absetzung von Beamten, Schließung von Schulen sind strafbar nach § 114 Reichs-Strafgesetzbuches. Dieser lautet wie folgt:

Wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung zu nötigen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren ein.

Marienwerder, den 8. Februar 1919.

Der Regierungs-Präsident.
gez. Schilling.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats.
gez. Zilian.

Nr. I A 743 d.

Bekanntgegeben:
Thorn, den 19. Februar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. **Der Magistrat.**

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte.

Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hunger leiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Oeffentliche Mahnung

an Stelle der Anmahnung durch Zustellung von Mahnzetteln.

(Genehmigt durch Erlaß des Herrn Finanzministers vom 25. Juni 1917 II. Nr. 6844).

Die rückständigen Staats- und **Gemeindesteuern, Kirchensteuern, Schulgelder, Gebühren und Beiträge** jeder Art für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März d. Js. werden hiermit angemahnt und sind bis spätestens

26. Februar d. Js.

an unsere Steuerkasse — Rathaus, Zimmer 31, — zu entrichten.

Die Anmahnung gilt mit der erstmaligen Veröffentlichung dieser Zahlungsaufforderung für bewirkt und werden daher vom **22. Februar d. Js ab die tarifmäßigen Mahngebühren fällig und gelangen bei der Steuer- usw. Zahlung zur Einziehung.**

Vom 27. Februar d Js. ab werden die Rückstände kostenpflichtig zwangsweise beigetrieben.

Bei Zusendung auf vargeldlosem Wege oder durch die Post ist der Rückstand nebst den Gebühren so zeitig einzuzahlen, daß der Betrag **spätestens am 26. Februar d. Js.** der Kasse zugeführt ist, andernfalls die Beitreibungskosten fällig werden und miteinzusenden sind.

Wir weisen darauf hin, daß sämtliche Steuern pp außer bei unserer Kasse auch eingezahlt werden können

1. auf das **Postscheck-Konto Nr. 1771** — Postscheckamt Danzig — des Magist a's Thorn,
2. auf das **Reichsbank-Giro-Konto**: Stadt-Haupt-Kasse Thorn.
3. bei der **städt. Sparkasse,**
4. „ „ **Kreissparkasse,**
5. „ „ **Deutschen Bank Filiale Thorn,**
6. „ „ **Ostbank für Handel u. Gewerbe u.**
7. „ „ **Thorner Vereinsbank.**

(4.–7.: auf das Konto der Stadt-Haupt-Kasse)

Thorn, den 20. Februar 1919.

Der Magistrat.

Viehzählung.

Am 1. März 1919

findet eine Viehzählung in gleichem Umfange wie die vom 4. Dezember 1918 statt. Sie erstreckt sich auf

Pferde (ohne Militärpferde) Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Federvieh.

Die Zählbezirkslisten werden von den Polizeibezirksbeamten ausgefüllt. Diese sind dabei von den Einwohnern zu unterstützen. Anzugeben ist die Zahl des in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März 1919 im räumlichen Verfügungsbereich einer Haushaltung vorhandenen Viehs.

Zu Steuerzwecken werden die Angaben nicht verwendet.

Nach § 4 der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 kann die Nichterfüllung der Anzeigepflicht, ebenso wie die fahrlässige oder wissentliche Erstattung unrichtiger Anzeigen mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafen bis zu 10000 Mark bestraft werden und das Vieh dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen" erklärt werden.

Thorn, den 19. Februar 1919.

Der Magistrat.

Grützwurstverkauf

findet nur Sonnabends von 8 Uhr früh ab in einzelnen in jeder Woche bekanntgegebenen Fleischerläden statt,

am 22. Februar 1919

in den Fleischverkaufsstellen:

Reimer, Gerechtestraße,	**R. Gedaka,** Mellienstraße,
Rutkowski, Coppernicusstraße,	**M. Weiss,** Culmer Chaussee,
Nowinski, Hohestraße,	**Baser,** Lindenstraße,
Lipinski Coppernikusstraße,	**Grzeszynski,** Bergstraße,
Lewandowski, Mellienstraße,	**J. Weiss,** Leibitscherstraße,
Czempiez, „	

Die Verkaufsstellen werden der Reihe nach wöchentlich gewechselt. Es können an jeden Haushalt je nach Größe 1 bis 2 Pfund abgegeben werden.

Die Verkaufsstellen sind angewiesen, **nur an ihre eingetragenen Kunden** Grützwurst zu verkaufen.

Thorn, den 20. Februar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Vermietung der Rathausgewölbe 2 und 3 auf 3 Jahre vom 1. April d. Js ab ist ein

Bietungstermin

im mündlichen Ausbietungsverfahren auf

Montag, 24. Februar 1919,

vormittags 10 Uhr,

im Amtszimmer des Herrn Stadtkämmerers (Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 29) anberaumt, zu welchem Mietsbewerber hiermit eingeladen werden.

Die Mietsbedingungen können in unserem Hauptbüro, Rathaus, 1 Tr., Zimmer Nr. 18, eingesehen werden.

Vor Abgabe eines Gebots hat jeder Bieter eine Bietungskaution von 50 Mark bei der Kämmereikasse einzuzahlen.

Thorn, den 11. Februar 1919.

Der Magistrat.

Anmeldung von der Lebensmittelversorgung.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß wegziehende oder zum Heeresdienst eingezogene Personen und Verstorbene

spätestens binnen 3 Tagen

im städtischen Verteilungsamt I, Zimmer 8, abzumelden sind. Unterlassung wird unnachsichtlich bestraft werden.

Thorn, den 18. Februar 1919.

Der Magistrat

Holzverkauf.

Aus der Kämmereiforst Thorn kommen folgende Hölzer gegen sofortige Barzahlung zum Verkauf:

am Donnerstag, 27. Febr. d. Js.,

vormittags 10 Uhr,

im Gasthause Oborski in Groß Bösendorf:

Schutzbezirk Guttau:

34	Stck.	Eichen-Nutzholz	m.	13,86 fm.
1	„	Birken-	„	0,73 „
692	„	Kiefern-	„	649,15 „
2170	„	„	Faschinen.	
2	rm	Eichen-Kloben		
1	„	Birken-	„	
69	„	Kiefern-	„	
40	„	„	Reisig I	
1000	„	„	„ III.	

Schutzbezirk Steinort:

150	rm	Kiefern-Reisig I.	
1500	„	„	„ III

Händler werden zum Kauf des Brennholzes erst zugelassen, wenn Lokalbedarf gedeckt ist.

Der Magistrat.

Die Stadt-Sparkasse

bleibt wegen der monatl. Kassenrevision **Dienstag, den 25. Februar, nachmittags, und Mittwoch, den 26. d. Mts., vormittags bis 11 Uhr** für das Publikum

geschlossen.

Ausgabe von Kognak.

Zur Bekämpfung der Grippekrankheit ist der Stadt ein Posten Kognak zugewiesen worden, welcher zum Preise von 17,50 Mk. für die Flasche mit etwa ¾ Liter Inhalt in der städtischen Verkaufsstelle, Bäckerstraße, erhältlich ist.

Die Ausgabe erfolgt nur an solche Personen, welche den Nachweis bringen, daß sie an Erkältungskrankheiten leiden.

Bezugsausweise werden gegen Vorlage des Brotkartenausweises im Verteilungsamt I, Culmerstraße 16, Zimmer 2, ausgestellt. Ein Weiterverkauf ist streng untersagt und wird bestraft.

Thorn, den 18. Februar 1919.

Der Magistrat.

Lieferungs-Verdingung.

Für den Neubau von Kleinwohnhäusern ist die Lieferung von

120 000 gebrannten Ziegelsteinen

zu vergeben. Entsprechende Angebote, auch für kleinere Mengen, sind unter Beifügung eines Probesteines bis zum

26. Februar d. Js.

an den Unterzeichneten, Rathaus, Zimmer Nr. 55, einzureichen.

Thorn, den 18. Februar 1919.

Kleefeld, Stadtbaurat.

Das Gymnasium und Realgymnasium

bleibt bis auf weiteres

geschlossen.

Der Gymnasialdirektor.

„O Jugendzeit, o schöne Zeit!"

Ehem. Zöglinge d. Kgl. Gr. Militär-Waisenhauses Potsdam, auch Freunde und Gönner dieser, werden gebeten ihre Adresse anzugeben bei

Rudloff,

Thorn, Schuhmacherstr. 24 I.

Restaurant-Köchin

sowie **Mädchen für alles** per 1. 3. gesucht. Angebote unter Nr. **291** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Offizier-Speiseanstalt sucht sofort

saub. Hausmädchen oder Diener.

Reinigung u. Beheizung v. 2 Zimm. u. Nebenräumen, Bedienen b. Tisch, 10—12 Teilnehmer, mittags u. abds. Freie Wohnung und Beköstigung. Angebote m. Zeugn. u. Gehaltsanspr. an Oblt **Schultz**. Pionier-Btl. 17.

Bäcker

32 Jahre, ledig, vom Felde zurückgekehrt, **sucht von sofort Stellung**

Johann Kalinowski, Thorn, Tuchmacherstraße 16.

Einzelne

Paßbilder

werden billigst angefertigt bei **Anders & Co.**

Damen-Frisier-Salon

Karl Gehrtz, Schillerstrasse 2

Kopfwaschen mit Teerseife

Ondulieren — Frisieren

Anfertigung aller Haararbeiten.

Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11

Sprechstunden 9—1 u. 2—6 Uhr.

Sonntags 9—12 Uhr.

Mehrere größere eiserne

Werkstättenfenster

werden zu kaufen gesucht.

Gefl. Angeb. erb. unter Nr. **281** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bekanntmachung betr. Sonntagsruhe.

Durch reichsgesetzliche Regelung vom 5. 2. 1919 ist unsere **Bekanntmachung betr. Sonntagsruhe vom 1. 2. 1919 erledigt.**

Der Arbeiter- und Soldaten-Rat

gez. **Föhme.**

Freiwillige

stellt unter den bekannten Bedingungen ein

der Feuerlöschzug der Kommandierten-Kompagnie 2. Batl. Infant.-Regiment 21, Rudaker Baracken.

Freiwilliges Sturmbataillon Preusser, früher 1/176

stellt noch

Freiwillige

ein. Leute, die früher unter mir gefochten haben, werden bevorzugt.

Freiwilliges Sturmbataillon Preußer.

Der Deutschnationale Volksverein

(Stadt- und Landkreis Thorn)

hat einen

deutschen Volksbildungs-Verein

ins Leben gerufen.

Er bietet den Mitgliedern

Fortbildungskurse, Einzelvorträge, gesellige Zusammenkünfte und Unterhaltungsabende.

Die erste Reihe der Fortbildungskurse umfaßt Geschichte von Westpreußen und Thorn, Regierungsformen der einzelnen Staaten, Fortbildung im Rechtschreiben und Gebrauch der deutschen Sprache, angewandtes Rechnen.

Anmeldungen werden schon jetzt in der **Geschäftsstelle, Elisabethstraße 5**, angenommen.

J. A.: **Dr. R. Hohnfeldt.**

Achtung!

In einer Stunde liefern Bilder für Reise-Paß-Ausweise

Gebrüder Melnicki, Atelier f. künstl. Photogr.

Mauerstraße 52, neben Nicolai.

Aus dem Felde zurück, nehme meine Kurse für

Tanz- und Anstandslehre wieder auf.

— **Neueste Tänze.** —

Der nächste Kursus beginnt **Ende März** im **Hotel „Drei Kronen"**.
Anmeldungen daselbst u. in der Buchhdlg. von C. F. Steinert erbeten.

Hans Held, Lehrer der Tanzkunst, Altst. Markt 12 III.

Zu verkaufen:

1 Sofa, 2 Sessel, ein Sofatisch mit Decke, 1 großer Spiegel m. Konsole, 2 Schreibtische mit Aufsatz.

Viktoria-Park.

Zu verkaufen:

1 Sofa mit Umbau, 2 Sessel,
1 Salontisch, 1 Kleiderschrank,
1 Kücheneinrichtung,
1 Waschtisch mit Marmorplatte,
1 neues blaukariertes Winterkostüm und verschiedenes.

Schuchardt,
Schießplatz, Lagerwache 2.

Zu verkaufen

eine Blumenkrippe mit Blumen, 1 Kücheneinrichtung (grau), 1 Waschtisch mit Marmorplatte, ein Handtuchständer, alles fast neu, bei

Grunau, Schießplatzlager,
Wache 2.

---

1 Gaslampe zu verkaufen
Bankstraße 6 III. lks., 1. Eingang.

---

1 Kinderwagen, 1 Bettgestell m. Strohsack und 1 Paar Stiefel zu verk. Seglerstr. 4 III.

Sofa (neu)

Gobelinbezug mit grüner Plüscheinfassung, verkauft preiswert

A. Schultz, Tapezierer,
Strobandstr. 11, Hof.

Ein guterhaltener Leierkasten

billig zu verkaufen

Thorn-Mocker, Kometenstraße 11,
W. Kasowicz

2000 Ztr. pa. Futterstroh

auch mit Anfuhr preiswert abzugeben.
Skrzypnik, Podgorz, Marktstr. 68

Habe noch etliche Meter

Brennholz abzugeben.

H. Drenikow, Baderstraße 2.

Ziegen

zum Schlachten

aus dem Stadt- u. Landkreise Thorn kauft

Herrmann Rapp.

Aufkäufer werden gesucht!

Schlachtpferde

kauft zu zeitgemäßen Preisen

Hermann Kohlschmidt,

Roßschlächterei,

Thorn, Coppernikusstr. 8 Tel. 565.

Bei Unglücksfällen sofortige Abholung.

Bin von der Provinzial-Fleischstelle Danzig unter Ausweiskarte Nr. 58, da jetzt aus dem Heeresdienst entlassen, zum Ankauf von Schlachtpferden berechtigt.

Bin ständig

Abnehmer

von

Waggons Schlacht-Ziegen

zu den höchsten Preisen bei sofortiger Kassa.

Jack Meyer,

Breslau 5,

Augustastraße 89, Telefon 6984.

Wachs

kauft

Anker-Drogerie, Elisabethstr. 12/14

Schützenhaus.

— **Jeden Sonnabend und Sonntag:** —

Familien-Kränzchen

Anfang 6 Uhr. Sonntag 4 Uhr.

Viktoria-Park.

Sonnabend und Sonntag:

Grosser Ball.

Sonnabend Anfang 5 Uhr — Sonntag Anfang 3 Uhr

Bürgergarten

Sonnabend, den 22. Februar:

Grosses Kappenfest

Anfang 5½ Uhr.

— **Sonntag, den 23. Februar:** —

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr.

Tivoli

Sonnabend, den 22. Februar:

Familienkränzchen.

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Restaurant Schlüsselmühle.

Sonnabend, den 22. und Sonntag, den 23. d. Mts.

Familien-Kränzchen.

Anfang Sonnabend 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Pensau.

Große öffentl. Versammlung

am Sonntag, d. 23 Februar 1919

nachmittags 3 Uhr

im Saal des Herrn Wicknig-Pensau

für die Orte Schmolln, Breitenthal, Neubruch, Guttau und Klein Bösendorf.

— Tagesordnung: —

1. **Vortrag über die Gemeindevertreterwahlen und die Sozialdemokratie.**
2. Freie Aussprache.

Volksgenossen, Männer und Frauen der Arbeit! Um Eure Sache handelt es sich. Darum erscheint recht zahlreich.

Der Sozialdemokratische Verein Thorn.

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche

Evangelisationskapelle Culmer Vorstadt (am Bayerndenkmal).

Sonntag, den 23. Februar:

Jahresfest

des Jugendbundes für entsch. Christentum.

Vormittags 9½ Uhr: **Jugendbundstunde.**

Nachmittags 4½ Uhr **Festversammlung** mit Ansprachen und Gesängen.
Festredner Evangelist **Hermann**-Graudenz

Abends 8 Uhr: Nachfeier. Jedermann herzlich willkommen.

Artushof.

Mittwoch, 26. Februar, abends 7½ Uhr

Lieder- und Arien-Abend

Hilde Baumann

vom Landestheater (früher Hoftheater) Karlsruhe.

Unter Mitwirkung des

Balletmeisters Wolfer

und Solotänzerinnen des Danziger Stadttheaters.

Eintrittspreise à Mk. 4.40, 3.30, 2,20, —,85 von Mittwoch an in der Buchhandlung **Walter Lambeck.**

Erteile gründlichen

Klavierunterricht.

Trude Just, Baderstraße 9.

Stadt-Theater

Sonnabend, 22 Febr., nachm. 2½ Uhr
Heiterer Nachmittag für Klein und Groß!

Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Max und Moritz".

Abends 6 Uhr! Ermäßigte Preise!
Zum letzten Male!

„Nathan der Weise".

Sonntag, 23. Febr., nachm. 2½ Uhr:
Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Fürstenliebe."

Abends 6 Uhr: Zum 7. Male!

„Hannerl".

Dienstag, 25. Februar, 6 Uhr:
Literarischer Abend! Neuheit!
Zum 3. Male!

„Der Blaufuchs".

Voigtscher Leseverein.

Montag, 24. Febr., 6 Uhr abds.

Mitglieder-Versammlung

im Artushof, unten.

1. Bücherauswahl. 2. Vorstandswahl. 3. Erhöhung der Mitgliederbeiträge.

Jacobi.

Konzerthaus

früher „Dreimäderlhaus"

Coppernikusstraße 26.

Täglich

das hochsensationelle Künstler-Programm.

Aufsehen erregt

Professor Weiss

der denkende u. wahrsagende

Hund

und die übrigen erstkl.

Kapazitäten.

Anfang 6 Uhr.

Vorzügliche Weine. Gute Biere.
Gemütlicher Aufenthalt.

Vom 1. April 1919 ist in meinem Hause **Mellienstraße 5**, die in der 2. Etage gelegene

10-Zimmer-Wohnung

zu vermieten.

Ackermann.

---

8 Zimm.-Wohnung

mit Zentralheizung und elektrischem Licht zu vermieten.

Näheres bei

Dr. Tarnowski,

Brückenstraße 11.

Brieftasche

mit Ausweispapieren und Lebensmittelkarten in der Gerechtestraße

verloren.

Der Finder wird sehr gebeten, die Papiere einzusenden an **Waffenmstr. Prenzel, Fort Bülow.**

Ring mit 3 Brillanten in Platineinfassung, in braunem Etui

verloren gegangen.

Der ehrliche Finder wird gebeten denselben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle d. Ztg. abzugeben